

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Das neue Baden. 1948-1948 1948**

87 (5.10.1948)

# DAS NEUE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

erschienen am Dienstag, Donnerstag, Samstag / Monatsbeitrag DM 1,80  
einmalige Beiträge, bei Postbestellung DM 2,10 / Anzeigen nach Preisliste 2  
Unerwünschte Manuskripte können nicht zurückgeschickt werden

Breisgau Markgräflerland Kaiserstuhl

Telefon: Verlag u. Redaktion Lehr 2565 / Postfachkonto: Freiburg i. Br. 6400  
und Karlsruhe 2044 / Bankkonto: Oberbadische Bank, Zweigstelle Lehr  
Keine Kreisanzeigen, bei Lieferung durch hies. Gewerbe / Telegramm: Neobaden

NR. 87 / 2. JAHRG.

DIENSTAG, DEN 5. OKTOBER 1948

PREIS 20 PFENNIG

## Von Westunion zum Atlantikpakt

Bis Dezember soll die Grundlage für einen Atlantikpakt geschlossen sein — Benötigte Hilfe für Wiederaufrüstung Westeuropas 1 1/2 - 3 Mrd. Dollar — Amerikas Wunsch nach weitgespannter Verteidigungs-Organisation

Paris. Als möglichen Termin für die Erweiterung der Westunion zu einem Atlantikpakt sieht man den Monat Dezember an. Bis dahin sollen sämtliche Vorfragen und besonders die einer militärischen Pacht- und Leihhilfe geklärt sein, um der im Januar die Funktionen übernehmenden amerikanischen Regierung ein ausgearbeitetes Vertragswerk übergeben zu können.

Amerikanischerseits wird die sofort nötige Hilfe für die Wiederaufrüstung Westeuropas auf etwa 1 1/2-3 Milliarden Dollar veranschlagt, wobei man sich darüber klar ist, daß die jetzt beschlossene militärische Zusammenarbeit der Signatarmächte von Brüssel nur soviel wert ist, wie Amerika durch materielle Hilfe und schließlich durch eine militärische Garantie den Maßnahmen an Schlagkraft verleiht. Dazu komme als Voraussetzung ein Maximum politischer, technischer und industrieller Solidarität in Westeuropa.

### Sowjetregierung schlägt Konferenz des Außenministerrats über Berlin und gesamtdeutsche Frage vor

Moskau. Die Regierung der Sowjetunion schlägt in einer am Montag von der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur TASS veröffentlichten neuen Note an die drei Westmächte eine Konferenz des Außenministerrats zur Erörterung „der Berliner Lage und der gesamtdeutschen Frage im Einklang mit dem Potsdamer Viermächteabkommen“ vor. In der Note werden die Westmächte für die existierende Lage verantwortlich gemacht.

Es dürfte nicht vergessen werden, daß die Sowjetunion eine Gleichschaltung auf militärischem Gebiet in dem gesamten von ihr beherrschten osteuropäischen Raum bereits vollzogen habe und daher keine Zeit mehr zu verlieren sei.

Der zum westeuropäischen Generalstabschef berufene Feldmarschall Montgomery hat keine leichte Aufgabe, die sich in vielen Punkten überschneidenden und auseinandergehenden Interessen Englands, Frankreichs, der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs in Übereinstimmung zu bringen.

### Der nordische Block

Die skandinavischen Länder führen seit langem Besprechungen über eine militärische Zusammenarbeit, ohne aber zu wirksamen Vereinbarungen gelangt zu sein. Norwegen ist für einen Anschluß an einen Atlantikpakt, wozu auch Dänemark geneigt ist, während Schweden — in erster Linie aus Rücksicht auf Rußland und auch Finnland — sich nur schwer entschließen kann. Es möchte seine traditionelle Neutralität wahren, weiß aber, daß es bei der Zuspitzung der internationalen Lage und erst recht in einem Ernstfall eine Neutralität gar nicht mehr geben kann. Die letzten Besprechungen der skandinavischen Außenminister zu Beginn des Septembers hatten nur zu lockeren Vereinbarungen für den nordischen Block selbst geführt.

### Spanien und Portugal

Was die Iberische Halbinsel angeht, so wünscht Amerika die Einbeziehung Portugals und Spaniens in ein europäisches Verteidigungssystem. Die Halbinsel stellt in den Plänen des amerikanischen Generalstabs eine der bedeutendsten Positionen dar, und wenn jetzt in diesen Tagen ein Militärpakt zwischen Portugal und Spanien abgeschlossen worden ist, hat man in Washington diese Entwicklung mit Befriedigung vermerkt. Die Bemühungen gehen unterdes weiter, die Beziehungen zwischen Spanien und der demokratischen Welt neu zu ordnen. In dieser Hinsicht ist der Besuch des amerikanischen Senators Gerry, des Vorsitzenden der amerikanischen Heereskommission, der in Be-

### Antisowjetische Resolution des chinesischen Parlaments

Nanking. Der rechte Flügel des gesetzgebenden Chinesischen Parlaments brachte am Sonntag eine Resolution ein, in welcher der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion und die Kündigung des chinesisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages gefordert werden. In einem Zusatz wird darauf hingewiesen, daß wegen einer Kündigung des Vertrages keine ernstlichen Folgen zu befürchten seien, da die Beziehungen zur Sowjetunion nicht schlechter sein können, als sie es jetzt sind.

gleitung hoher Offiziere bei General Franco weilt, von besonderer Bedeutung.

### Die Verteidigung des Mittelmeeres

Eine weitere Absicht der Amerikaner ist die Schaffung eines Mittelmeer-Verteidigungssystems, das Rom, Athen und Ankara umfassen müßte. Verhandlungen zwischen den drei Ländern haben mehrfach stattgefunden, doch ist auch hier noch keinerlei Abkommen geschlossen.

Amerika legt großen Wert darauf, die Koordinierung der militärischen Maßnahmen

nicht nur der Westunion, sondern auch der übrigen, den westlichen Demokratien nahestehenden Länder möglichst schnell voranzutreiben, um den geplanten Atlantikpakt auf möglichst breiter Basis abschließen zu können.

### General Juin zum Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte vorgeschlagen

Dem Generalpräsidenten von Marokko, General Alphonse Juin, ist der Posten des Oberbefehlshabers der Landstreitkräfte der fünf Westunionsmächte angeboten worden.

## Sowjetisches Propagandamanöver erwartet

Wird Wyschinski vor dem Sicherheitsrat den Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland und die Verwirklichung des Warschauer Programms vorschlagen?

Paris. Auf französischer Seite wird immer stärker der Wunsch vertreten, die Debatte im Sicherheitsrat möge sich nicht in einem Labyrinth von Reden und Anklagen verlieren, sondern so schnell wie möglich zu Viererbesprechungen über das gesamtdeutsche Problem führen. In amerikanischen und auch englischen Delegationskreisen ist man aber in dieser Hinsicht mehr als skeptisch.

Man hört vielmehr die Ansicht, daß man mit einem russischen Theaterdonner und Bluff rechnen müsse. Man hält die folgende Haltung Wyschinskis für wahrscheinlich: der russische Vertreter werde unter Berufung auf Artikel 107 der UN-Verfassung dem Sicherheitsrat das Recht absprechen, über den Berliner Konflikt zu befinden, gleichzeitig aber die Gelegenheit zu einem Propagandamanöver großen Stils benutzen. Wyschinski könnte sich dabei auf das Warschauer Programm der Ostaußenminister berufen und Rußlands „ehrlichen Wunsch nach Beilegung aller Reibungspunkte“ dadurch „beweisen“, daß er die kurzfristige Räumung Deutschlands von den Truppen sämtlicher Besatzungsmächte fordern würde. Wie der russische Vorschlag auf sofortige Reduzierung der Rüstung nur auf eine Propagandawirkung berechnet ist, hätte auch eine solche Geste Moskau gegenüber Deutschland nur den einen Sinn, die russische Politik als die einzige wirklich auf Frieden und gerechten

Ausgleich abzielende Politik hinstellen. Man weist darauf hin, daß die Russen mit ihrer Ankündigung, Korea zu räumen, um, wie sie sagen, den dortigen Streit mit der Wurzel auszubrengen, einen um so deutlicheren Hinweis für diese Absichten bieten, als die russische und die unter sowjetischer Lizenz erscheinende deutsche Presse gerade in den letzten Tagen Korea als Musterbeispiel der internationalen Politik vorführen.

Man ist sich natürlich darüber klar, daß das Warschauer Programm, in dem der schnelle Abschluß eines Friedens und die innerhalb eines Jahres sich anschließende Abziehung der Besatzungstruppen zuerst gefordert wurde, neben der zunächst allein bestehenden Propagandasticht den Willen verkündet, ganz Deutschland unter sowjetische Vorherrschaft zu bringen. Bei der Annahme des Vorschlages wären die Amerikaner vom Kontinent entfernt und für Rußland wäre ein Vorwand, um einen neuen Einmarsch zu begründen, leicht und schnell zu finden.

Die weitere Entwicklung stellt sich nach der Auffassung britisch-amerikanischer Kreise, falls der Sicherheitsrat keine Lösung und nicht eine Wiederaufnahme von Viererbesprechungen bringt, recht düster dar: die Teilung Deutschlands wäre nicht mehr zu umgehen, während sich gleichzeitig die Berliner Position von Monat zu Monat bedrohlicher gestalten müßte.

## „Das Volk will nie mehr Zwangswirtschaft“

Rede Erhards zum LDP-Parteitag Hessens — Resolutionen zur Wirtschaftspolitik, Lastenausgleich, Besatzungskosten und Schulreform

Treysa. Die deutsche Wirtschaft ist bis Mitte 1949 ausreichend versorgt, erklärte der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Professor Ludwig Erhard, am Sonntagmorgen in Treysa, im LDP-Parteitag in Treysa. In seinen grundlegenden Ausführungen über die Lage der deutschen Wirtschaft nach der Währungsreform hob der Direktor hervor, daß für die Zukunft keine Kaufkraft mehr entstehen werde, die nicht aus produktiver Arbeitskraft herrühre. Es wäre sinnlos gewesen, wenn man die durch die Geldreform entstandene Kaufkraft von 10,7 Milliarden DM gebunden hätte, da man nicht den Umfang der auf dem Markt verfügbaren Güter gekannt habe. Erhard wies den Vorwurf zurück, er sei der Schutzpatron der Horter und sagte, er würde heute, wenn er die Dinge rückblickend übersehe, in keiner Phase anders handeln, als daß er es nach dem 20. Juni getan habe. Die Sünden der Warenhortungen sollen nach den Ausführungen Erhards beim Lastenausgleich entsprechend berücksichtigt werden. Ohne das Polster der vorhandenen aufbewahrten Reserven jedoch hätte die Währungsreform ein Chaos hervorgerufen müssen.

Zweifellos seien Preissteigerungen über das sachlich gerechtfertigte Maß eingetreten. Erhard führte sie auf diejenigen Personen im Wirtschaftsleben zurück, die in den letzten 15 Jahren in der Schule der Zwangswirtschaft ausgebildet wurden und nicht die Erfahrung in der freien Wirtschaft haben. Die durch die Währungsreform geschaffene Kaufkraft habe sich in den ersten drei Monaten mehr und mehr auf die Gesamtheit der Volkswirtschaft ausgebreitet, nachdem sie anfangs ausschließlich auf die Konsumgüter konzentriert gewesen sei. In zwei Monaten sei eine Produktionssteigerung um 37 Prozent eingetreten.

Zur Festkostenregelung übergehend, meinte Erhard, diese Maßnahme habe zwar erneut den Rechtsgedanken untergraben, sie gebe jedoch auch die Sicherheit, daß eine weitere Störung der Geldgeschäfte für die Zukunft ausgeschlossen sei. Wenn man die Löhne

und Preise vor dem Kriege und heute vergleicht, dann darf man nicht vergessen, daß ein Volk nicht zwölf oder fünfzehn Jahre lang Unfug treiben kann, ohne die Zeche bezahlen zu müssen. Professor Erhard schloß mit dem Hinweis, daß das Volk selbst nie mehr die Zwangswirtschaft wolle, weil es sich im klaren darüber sei, daß seine vermehrte Arbeit mit vermehrten Konsummöglichkeiten belohnt werde.

Im Laufe des Abends faßte die Parteikonferenz vier Resolutionen, in denen zu den Besatzungskosten, zur Wirtschaftspolitik in Westdeutschland, zum Lastenausgleich und zur Schulreform Stellung genommen wird. In der Frage der Besatzungskosten vertritt die LDP Hessen den Standpunkt, daß man dem Ziel diene, wenn man die freihandelnden Völker der Erde vor dem Terror des Ostens schütze. Aus diesem Grunde müßten die Kosten der Besetzung, die nicht durch deren ursprünglichen Zweck verursacht werden, von allen freihandelnden Völkern gleichmäßig getragen werden.

In der Entschließung zur Wirtschaftspolitik wird eine Ermäßigung der Steuern, eine elastische Gestaltung der Einfuhrzölle, Einstellung der Demontagen, wirksame Herabsetzung der Besatzungskosten und vollständige Ueberführung des Außenhandels in deutsche Hände gefordert.

Zum Lastenausgleich heißt es, daß der Leistungswille aller Volksschichten schon durch die hohe steuerliche Belastung ernsthaft bedroht sei. Deswegen müßten neue Belastungen der Erzeuger und Verbraucher durch den Lastenausgleich gegen die Wirkungen abgewogen werden, die vom Lastenausgleich im Dienste der Gerechtigkeit zu erwarten seien.

In der letzten Resolution wendet sich die LDP Hessen gegen eine unterschiedliche Handhabung der Schulrn in den Besatzungszonen und setzt sich für eine einheitliche Regelung im Rahmen einer kommenden Bundesverfassung ein. Zum Abschluß ihrer Tagung sandte die LDP Hessen ein Sympathie-Telegramm an den LDP-Landesverband Berlin.

## Kreml-Protokolle

Nachdem sich der Vorhang des Schweigens durch die Veröffentlichung des amerikanischen Weißbuches gehoben hat, bleibt nur ein Geheimnis der Kreml-Verhandlungen noch dunkel: der Widerspruch zwischen der versöhnlichen Atmosphäre aller Besprechungen mit Stalin und den Verhandlungen mit seinen Ministern und Marschällen, in denen der Verständigungsversuch scheiterte. In Washington hat man zwei Erklärungen: entweder hat nicht Stalin das letzte Wort, sondern das Politbüro, oder Stalin hat angesichts eines unerwarteten Widerstandes der Westmächte, des Erfolges der Luftbrücke und der Reaktion der deutschen Bevölkerung Berlins seine Haltung nachträglich revidiert. Nachstehend soll der Versuch unternommen werden, dem Leser ein sachliches und objektives Bild von den Vorgängen zu geben. In einem späteren Artikel werden wir auf die jetzigen Ausführungen noch einmal zurückkommen.

Das amerikanische Weißbuch schildert das Hin und Her der Besprechungen, aus dem sich die Interventionen Stalins deutlich abheben, folgendermaßen:

2. August: Der USA-Botschafter Bedell Smith sagte Stalin, die Westmächte wollten nicht glauben, daß die Sowjetunion die westlichen Alliierten aus der Stadt verdrängen wolle. Stalins Antwort war nachdrücklich: Rußland verfolge dieses Ziel tatsächlich nicht. Aber dann fuhr er fort, die Westmächte hätten keinen rechtmäßigen Anspruch auf eine Beteiligung an der Besetzung Berlins. Die Blockade sei notwendig geworden, weil die Westmächte die Einsetzung einer westdeutschen Regierung planten und eine westliche Währung in Berlin eingeführt hätten.

In der gleichen Unterredung schlug Stalin jedoch vor, daß alle Transportbeschränkungen gleichzeitig mit der Zurückziehung der westlichen Währung aus Berlin aufgehoben würden. Auf der Zurückstellung der Pläne für eine westdeutsche Regierung wolle er nicht mehr bestehen. Doch wünsche er, daß die Ausführung dieser Pläne für die Dauer von Viermächte-Besprechungen über gesamtdeutsche Fragen hinausgeschoben würde. Nach dieser Sitzung hatten alle westlichen Diplomaten die Auffassung, daß die akute Berliner Krise beseitigt werden könne. Darüber allerdings bestand kein Mißverständnis: die Ostwährung in Berlin sollte einer Viermächte-Kontrolle unterstellt werden. Diese Bedingung, die Bedell Smith auf Anweisung Washingtons im Kreml ausdrücklich stellen mußte, war notwendig, um sicherzustellen, daß die Westmächte später nicht durch wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen aus Berlin vertrieben würden.

In den Besprechungen mit Molotow, die dieser Unterredung mit Stalin folgten, wurden von beiden Seiten dann Entwürfe für ein Abkommen vorgelegt. Molotows Vorschlag bezeichneten die Vertreter der Westmächte als unbefriedigend, wenn sie ihn auch ihren Regierungen zu übermitteln versprochen. Nach Auffassung der Westmächte ging Molotow von der Voraussetzung aus, daß die westlichen Alliierten an sich ihren Anspruch auf ihre Besatzungssektoren in Berlin verloren hätten, daß sie aber durch ein neues Übereinkommen die Erlaubnis erhalten könnten, in Berlin zu bleiben. Dies hätte die Sowjetunion in die Lage versetzt, argumentiert Washington sehr richtig, die Behinderungen für den Westverkehr nach Berlin zu jeder Zeit wieder einzuführen, wenn sie zu der Auffassung kommen sollte, daß die Westmächte das vorgeschlagene neue Abkommen nicht erfüllen.

Am 12. August schlug Molotow dann plötzlich eine „einfache Regelung“ vor: Die Militärgouverneure in Berlin sollten beauftragt werden, die kürzlich von beiden Seiten verfügbaren Verkehrsbeschränkungen zwischen Berlin und den Westzonen aufzuheben und die Ostmark als einzige Währung für Berlin einzuführen. Beide Schritte sollten gleichzeitig unternommen werden. Als die Westmächte darauf bestanden, die Viermächte-Kontrolle über die Sowjetwährung in Berlin sicherzustellen, widersprach Molotow und meinte, daß die Militärgouverneure die technischen Probleme ohne besondere Richtlinien lösen könnten. Bedell Smith jedoch bezeichnete es folgerichtig als völlig zwecklos, den Militärgouverneuren irgendwelche Anweisungen zu geben, wenn nicht zuvor in Moskau eine Verständigung über die Grundfragen erzielt werde.

Nach dieser Reihe fruchtloser Verhandlungen mit Molotow, es waren nicht weniger als vier, legten die Vertreter der Westmächte am 23. August Stalin selbst einen Entwurf vor. Auch Stalin brachte einen Vorschlag mit. Beide Seiten stellten fest, daß die verschiedenen Entwürfe sich in vieler Hinsicht sehr nahe kamen. Molotow freilich wollte nur die Beschränkungen aufheben, die seit dem 18. Juli angeordnet wurden. Auf Vorstellungen des amerikanischen Botschafters erklärte

Stalin sich jedoch damit einverstanden, daß irgendwelche früher verfügte Beschränkungen ebenfalls beseitigt werden sollten. Zur Frage der Viermächte-Kontrolle wandte Stalin ein, daß die Deutsche Bank der Ostzone die Gesamtwährung der sowjetischen Zone kontrolliere und daß man unmöglich Berlin aus der Ostzone ausschließen könne. Damals kam man jedoch überein, daß die Kontrolle der Berliner Währung durch einen Finanzausschuß und durch die vier Befehlshaber in Berlin durchgeführt werden solle.

Stalin zeigte sich besonders interessiert an einer Erklärung über die Londoner Beschlüsse, in denen die Westmächte ihre Pläne für eine westdeutsche Regierung festgelegt hatten. Er schlug folgenden Wortlaut vor: „Die Frage der Londoner Beschlüsse wurde ebenfalls besprochen, einschließlich der Bildung einer westdeutschen Regierung. Die Unterhaltung wurde in einer Atmosphäre beiderseitigen Verständnisses geführt“. Bedell Smith legte Wert auf die Feststellung, daß keine Abmachungen über diese Frage getroffen worden seien, und das Washingtoner Außenministerium instruierte seinen Botschafter später dahin, daß eine Erklärung, wie sie Stalin wünschte, falschen Auslegungen ausgesetzt sei und deshalb nicht akzeptiert werden könne. Smith sollte den Standpunkt einnehmen, daß jede Erklärung über diese Frage keinen Zweifel darüber lassen dürfe, daß die USA keineswegs eine Besprechung dieses Punktes zu einem späteren Zeitpunkt ablehnen, daß sie aber keine Verpflichtungen über die Zurückstellung der Londoner Beschlüsse im Zusammenhang mit den jetzigen Verhandlungen eingehen.

Die den Militärgouverneuren in Berlin schließlich übermittelten Instruktionen hielten sich an die am 2. und am 23. August mit Stalin erzielte Verständigung. Die Anweisungen enthielten Richtlinien für die Ausschaltung von wirtschaftlichen Nachteilen Deutscher in den westlichen und den östlichen Sektoren Berlins, die sich aus den Folgen des Währungswechsels ergeben könnten, und legten fest, daß ein Finanzausschuß von Vertretern der vier Militärgouverneure zur Kontrolle der Einführung und der Zirkulation einer einzigen Währung in Berlin zu bilden sei.

Bei den technischen Besprechungen erklärte Marshall Sokolowski hingegen, daß er nur zur Aufhebung jener Beschränkungen bereit sei, die nach dem 18. Juni, dem Tag der Währungsreform, eingeführt wurden. Er bemühte sich sogar, so stellt das amerikanische Weißbuch fest, die Verhängung neuer Einschränkungen für den laufenden Luftverkehr zur Diskussion zu stellen. Den ersten Punkt ließ er später fallen, aber er blieb bei dem Versuch, neue Beschränkungen für den Luftverkehr durchzusetzen. Für den Handelsverkehr zwischen Berlin und den Westzonen und dritten Ländern nahm Sokolowski das ausschließliche Kontrollrecht in Anspruch. Das stand im Gegensatz zu den ausdrücklichen Versicherungen Stalins in Moskau. In dem noch einmal aufgenommenen Notenwechsel mit Moskau stellte sich dann die Sowjetregierung auf den Standpunkt, daß die Westmächte die Moskauer Richtlinien „falsch ausgelegt“ hätten und Sokolowskis Interpretation richtig sei. Die Viermächtekontrolle bei der Erteilung von Handelslizenzen — nicht im Verkehr — gestand Moskau jetzt zu. Der Luftverkehr könne ebensowenig unkontrolliert bleiben wie der Bahn- und Straßenverkehr, heißt es in der letzten Moskauer Note vom 23. September.

Damit hatten die Verhandlungen den Punkt erreicht, an dem die Westmächte zunächst keine Aussichten mehr sahen.

**Politbüro will Weltkrieg**

**Der Umfall Stalins und das Politbüro**  
Paris. Nach den neuesten, hier aus Moskau vorliegenden Informationen soll Stalin

weder in dem Berliner Konflikt noch in der Donafrage ein offenes Zerwürfnis mit den Alliierten gesucht haben. Seine Versuche, zu einem Kompromiß zu gelangen, sollen jedoch an der Haltung des Politbüros gescheitert sein, dessen radikale gegen die Westmächte eingestellten Elemente schließlich die Oberhand behielten. Gut unterrichtete Kreise behaupten, daß der kürzlich verstorbene Schdanow, der Gründer der Kominform, die eigentlich treibende Kraft innerhalb des Politbüros gegen Stalin gewesen sei. Schdanow soll dabei von dem ehemaligen Privatsekretär Stalins, Malenkow, ferner von Wownesenski, einer der führenden Persönlichkeiten des russischen Wirtschaftslagers, und von Bulgankin, der während des Krieges Chef der Moskauer Stadtverwaltung war und 1944 stellvertretender Kriegsminister wurde, nachdrücklich unterstützt worden sein. Auch eine Reihe außer-

halb des Politbüros stehender einflussreicher Persönlichkeiten, besonders in den Kreisen der hohen Militärs, hätte für Schdanow und gegen Stalin Partei ergriffen. Stalin sei durch die ergückende Mehrzahl überstimmt worden. Dies, so wird behauptet, sei zwar auch schon bei früheren Gelegenheiten vorgekommen. Niemals zuvor hätte jedoch diese Tendenz derart ernste Formen angenommen.

Man muß dem Pariser Abendblatt „France-Soir“, das diese Informationen verbreitet, die Verantwortung für deren Richtigkeit überlassen. Immerhin beleuchten sie in einer überaus interessanten Weise den sonst gar nicht zu erklärenden Unfall Stalins, der, wie aus dem jetzt veröffentlichten Notenwechsel zwischen den Westmächten und der Moskauer Regierung hervorgeht, bereits seine prinzipielle Zustimmung zu einer Beilegung des Berliner Konfliktes gegeben hatte.

**Berliner Hilfe und Länderabstimmung**

Das Treffen der Länderchefs auf Schloß Niederwald

**Rüdesheim.** Die elf Länderchefs der drei Westzonen sind am Freitag auf Schloß Niederwald bei Rüdesheim zu einer Konferenz zusammengetreten, auf der neben Besprechungen über die Besatzungskosten, das Besatzungsstatut, die Demontagen und die Arbeit des Parlamentarischen Rates, die allgemeine Finanzlage der Länder und außerdem die Berliner Frage erörtert wurden.

Die Länderchefs stellten fest, daß die Arbeiten für ein Besatzungsstatut keine Fortschritte gemacht hätten. Sie kamen deshalb überein, die Tätigkeit der Kommission für das Besatzungsstatut durch eine engere Zusammenarbeit mit dem gleichen Ausschuß der Länderchefs zu intensivieren.

Die Besprechungen über die Demontage brachten die Festlegung aller Ministerpräsidenten, daß eine erneute Vorschau bei den Gouverneuren über die Einstellung der Demontage in allen drei Besatzungszonen vorzudringen ist.

Die Berliner Frage war nach Ansicht der Konferenz-Teilnehmer ein sehr heikles Thema, da einmal die grundsätzliche Versorgung der Berliner Bevölkerung sowohl mit Nahrungsmitteln als auch mit Hausbrand zur Debatte stand und auch die Bezahlung der Versorgung eine lebhaftes Aussprache auslöste. Nach Ansicht alliierter Kreise, so verläutet, sollen die Deutschen für alle Transporte deutscher Lebensmittel und Güter die Unkosten tragen. Man schätzt sie auf monatlich 80 Millionen D-Mark.

Am Schluß der Konferenz der Länderchefs ergab die Abstimmung über die Weiterarbeit des Ländergrenzausschusses, daß sich sechs Stimmen gegen die Wiederaufnahme der Arbeiten des Ländergrenzausschusses aussprachen, die vom schweiz-holsteinischen Ministerpräsidenten Hermann Lüdemann beantragt worden war. Ueber die Zusammenlegung der südwestdeutschen Länder kam man überein, daß die drei Länder über ihre zukünftige Stellung abstimmen sollen. Sollte diese Abstimmung keine Mehrheit in dem einen oder anderen Teil bringen, sind folgende Lösungen vorgesehen: 1. Die Wiederherstellung der alten Ländergrenzen von Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern unter Beibehaltung des Landes Südbaden. Man kam bei diesen Beratungen überein, daß Enklaven und Exklaven grundsätzlich beseitigt sind.

Abschließend vertraten die Ministerpräsidenten die Auffassung, daß sie für die Versorgung Berlins mit 50 Millionen D-Mark, wie von den Generalen Clay und Robertson gefordert, garantieren würden und einen Kredit für Berlin von 20 Millionen D-Mark gewähren werden. Die Frage weiterer Kredite soll Gegenstand späterer Verhandlungen

sein. Die Ministerpräsidenten haben sich entschlossen, der Berliner Hilfe ihre besondere Unterstützung angedeihen zu lassen. Fragen interner Art fanden Klärung untereinander.

**Verordnung über die Behandlung der Festkonten**

70 Prozent gestrichen

**Baden-Baden.** Im Journal Officiel vom 1. Oktober 1948 erschien unter Bezugnahme auf frühere Verordnungen des französischen Oberbefehlshabers und die Vereinbarungen zwischen den drei Oberbefehlshabern der westlichen Besatzungszonen Deutschlands die Verordnung Nr. 175. In der Verordnung heißt es u. a.:

a) Sieben von je zehn Deutschen Mark werden mit Wirkung vom Tag der Gutschrift auf das Festkonto gestrichen.

b) Zwei von je zehn Deutschen Mark werden auf das entsprechende Freikonto in Deutscher Mark übertragen.

c) Der Restbetrag ist für Anlage in mittel- oder langfristigen Wertpapieren nach Maßgabe von Anordnungen verfügbar, welche von der Alliierten Bankkommission vor dem 1. Januar 1949 zu erlassen sind.

**Zeitgeschehen - kurz berichtet**

**Fünftreffen der Außenminister.** Die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens, Hollands und Luxemburgs werden am 25. Oktober in Paris zu einer Beratung zusammengetreten.

**Treffen der skandinavischen Verteidigungsminister.** Die Verteidigungsminister Schwedens, Norwegens und Dänemarks werden demnächst in Oslo zu einer Konferenz zusammengetreten. Diese Konferenz, auf der Mittel und Wege zur Vereinheitlichung einer eventuellen Verteidigung der drei Länder erörtert werden sollen, ist das erste praktische Ergebnis der Außenministerkonferenz vom 7. September in Stockholm.

**Neuverteilung der europäischen Radiowellen.** Auf der europäischen Radiokonferenz in Kopenhagen ist ein neuer Frequenzverteilungsplan für Langwellen und Mittelwellen aufgestellt worden, der am 15. März 1950 in Kraft treten soll. Die Skala sämtlicher Empfangsgeräte muß aus diesem Grunde von jenem Tage an durch eine neue ersetzt werden.

**Amerikanische Luftstützpunkte in Spanien?** Wie sich „Daily Mail“ aus Washington melden läßt, scheinen die vom amerikanischen

Im Artikel 2 heißt es, daß die Alliierte Bankkommission ermächtigt wird, Anordnungen zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes zu erlassen. Diese Anordnungen sollen die im Hinblick auf die Auswirkungen dieser Verordnung notwendig oder angemessene Veränderung der auf Verordnung Nr. 160 des Commandant en Chef Français en Allemagne vom 26. Juni 1948 über die Geldreform beruhenden Rechtsbeziehungen finanzieller Art bewirken. Diese Verordnung tritt am 4. Oktober 1948 in Kraft.

**Südbadischer Landtag am Mittwoch**

**Freiburg.** Auf der Tagesordnung der zum 8. Oktober 1948 einberufenen Sitzung des badischen Landtags stehen u. a. das Landesgesetz über den Erlaß von Rechtsverordnungen und das Landwirtschaftskammergesetz. Vor der ersten Sitzung der neuen Session werden Gottesdienste beider Konfessionen für die Abgeordneten abgehalten.

**Die Kosten der Luftbrücke für die Vereinigten Staaten**

Das Pressebüro der amerikanischen Luftwaffe teilte mit, daß die Versorgung Berlins den Vereinigten Staaten in den ersten drei Monaten des Bestehens der Luftbrücke über 35 Millionen Dollar kostete.

**Eine Heliombombe gleich tausend Atombomben**

**Washington.** Verschiedene amerikanische Wissenschaftler, die auf dem Gebiet der Atomenergie-Forschung Fachleute sind, erklärten einem Pressevertreter gegenüber, der kanadische Delegierte General Mac Naughton habe von Tatsachen gesprochen, als er die UN darauf hinwies, daß die Vereinigten Staaten eine 10fach stärkere Bombe herstellen, wie sie setzzeit auf Hiroshima und Nagasaki geworfen wurde. Anscheinend hat diese bei Kinetok anlässlich der Geheimversuche ausprobierte Bombe nichts mit einer neuen Waffe, von der seit einiger Zeit in den Vereinigten Staaten gesprochen wird, zu tun. Diese Neuerung soll eine „Heliombombe“ sein, an deren Fertigung zur Zeit in Alamo gearbeitet wird und die tausendfach stärker sein soll, als die erste Atombombe.

Generalstab vorbereiteten Verteidigungspläne darauf hinzuweisen, daß dieser die Zurverfügungstellung spanischer Luftstützpunkte für die amerikanische Luftwaffe als gewiß anreicht.

**Flucht vor Zwangsarbeit.** Rund 275 Jugendliche übertreten täglich nach einer Mitteilung der Pressestelle Hannover die „grüne Grenze“ von der Sowjetzone nach Niedersachsen, um sich der Arbeit im Uranbergbau oder anderen Dienstverpflichtungen zu entziehen.

**Befehl ist Befehl.** Auf die von dem Vorsitzenden der Berliner LDP, Carl Hubert Schwennicke, eingelegte Beschwerde gegen die Sperrung seiner Lebensmittelkarte teilte seine zuständige Kartenstelle im sowjetischen Sektor mit, daß sie auf Anordnung der sowjetischen Besatzungsmacht handelt und an dieser Maßnahme nichts ändern kann.

**Romano Mussolinis Liebesaffäre**  
Hielten hat wieder eine unpolitische Sensation

Wir erleben zur Zeit nicht nur eine Hochflut in Enthüllungen über die politischen und militärischen Vorgänge der Vorkriegs- und Kriegszeit, sondern auch eine Hochflut an Veröffentlichungen über die intimen Vorgänge in den Kreisen gestürzter Größen. So macht das Tagebuch der Eva Braun von sich reden, und in der Schweiz wird nur Zeit das Tagebuch von Rachele Mussolini, der Frau des Ex-Duce, veröffentlicht. Es erscheint unter dem Motto „Mussolini“ — wie ihn keiner kennt“ und soll offensichtlich dazu beitragen, den matt gewordenen Glanz des ehemaligen faschistischen Diktators wieder aufzupeichern. In Italien selbst, dessen Bevölkerung nicht nur groß im Haß, sondern auch groß im Verzeihen ist, nimmt die Öffentlichkeit regen Anteil an dem Schicksal der Familie Mussolinis, wobei es sich allerdings weniger um Sympathien als um Sensationslust handelt. Im Mittelpunkt der öffentlichen Neugierde steht Romano Mussolini, der jüngste Sohn des Ex-Duce.

**Paradiesische Ischia**

Bekanntlich lebt die Witwe Mussolinis mit ihren jüngsten Kindern Romano und Anna-Maria seit 1945 auf der Insel Ischia im Golf von Neapel. Ischia war nicht nur im Altertum eine berühmte Heilstätte für Rheuma, die Insel ist auch heute noch ein vielbesuchtes Touristenziel. An der Westküste der Insel, am Fuße des erloschenen Vulkans Epomeo, auf dessen Hängen ein köstlicher Wein und nicht weniger köstliche Südfrüchte reifen, liegt das Dörfchen Forio. Die Nacht von Forio gilt als eine der schönsten Meeresbucht Italiens. Und hier lebt die Witwe Mussolinis, Donna Rachele, mit ihren Kindern in einem kleinen weißen Haus hinter Weinreben und Zitronenbäumen. Haus und Ingal wurden

ihr als Verbannungsort angewiesen, doch inzwischen hat sich der Aufenthalt zu einer permanenten Sommerfrische entwickelt. Allerdings lebt Donna Rachele sehr zurückgezogen, während ihre beiden Kinder ausgiebig vom Reicht der Jugend auf ein betriebsames Leben Gebrauch machen.

**Anna-Maria will einen Gemüschändler heiraten**

Die jüngste Tochter des Ex-Duce, Anna-Maria, ist jetzt einundzwanzig Jahre alt. Sie hat in ihrer Jugend Kinderliebe empfunden und die Spuren dieser Krankheit sind heute noch zu sehen und verunstalten sie etwas. Italienische Reporter haben herausgebracht, daß sie trotzdem bald heiraten wird. Ihr Verlobter ist ein junger und recht unbedeutender Mann namens Vincenzo Calise, dessen Vater einen kleinen Kramladen in Pozzo betreibt. Der alte Calise ist häufiger Gast bei Donna Rachele, woraus scharfsinnig der Schluß gezogen wird, daß Donna Rachele nichts gegen eine Heirat ihrer jüngsten Tochter einzuwenden hat.

**Raimonda Ciano tanzt gern**

Raimonda, die fünfzehnjährige Tochter aus der Ehe des Grafen Ciano mit Edda Mussolini, der ältesten Tochter des Ex-Duce, ist häufiger Gast bei ihrer Großmutter, obwohl ihr Großvater das Todesurteil für ihren Vater unterschrieben hat und unabsichtlich vollstreckt ließ. Frau Edda Ciano hat wenig Zeit für ihre Tochter, da sie kürzlich auf der Insel Capri mit großem Reklamepomp einen Juwelierladen aufgemacht hat, der vor allem von Amerikanern frequentiert wird. Da sie sehr viel Schmuck besitzt, war es für sie nicht allzu schwierig, den Laden mit erstklassigen Schmuckstücken auszustatten. Es sollen sich auch Schmuckstücke darunter befinden, die sie von ehemaligen deutschen „Größen“ als Geschenk erhielt.

Die kleine Raimonda Ciano verbringt ihre

Nächte am liebsten auf dem Dach des „Dancing Nettuno“ in Forio, wo die Jugend von Forio siebenmal in der Woche nach den Klängen einer Jazzkapelle bis zum Morgengrauen tanzt und lärmt. Raimonda soll die beste Rumba- und Big-Apple-Tänzerin von Capri und Ischia sein.

**Romano und die schöne Gioconda**

Auch Romano Mussolini, der jüngste Sohn des Ex-Duce, der seinem Vater sehr ähnlich sieht und auch ein durch und durch „diktatorisches Gebahren“ an den Tag legen soll, ist häufiger Gast im „Dancing Nettuno“. Zwar studiert er in Neapel, doch erscheint er ein bis zweimal in der Woche in Forio. Man sagt, daß diese häufigen Besuche auf die schöne Gioconda Mancuso zurückzuführen sind, die die Männer von ganz Ischia verrückt mache. Gioconda ist 19 Jahre alt. Vor einiger Zeit war sie noch plattblond, jetzt wird sie von Tag zu Tag dunkler, wie interessierte Beobachter nicht ohne Schmunzeln feststellen. Diese „Rückkehr zur Natur“ soll auf den Einfluß Romanos zurückzuführen sein, der gefärbte Haare nicht leiden könne.

Donna Rachele soll mit der Liebchaft ihres Sohnes nicht einverstanden sein, da Gioconda nicht nur arm ist, sondern auch in einem recht schlechten Ruf steht. Die Leute von Forio wollen jedoch wissen, daß Romano sich nicht darum kümmere.

**Predappio will keine Benitos mehr**

Während auf Ischia die Kinder des Ex-Duce sozusagen den Ton angeben, haben die Bewohner von Predappio, einem kleinen Dorf auf dem Festland, und mehrere hundert Kilometer von Ischia entfernt, kein Interesse mehr an lebenden oder toten „Mussolini-Legenden“. Sie tun, was sie können, um die Vergangenheit Predappios in Vergessenheit geraten zu lassen. Predappio ist nämlich der Geburtsort Mussolinis. Der Vater Mussolinis

betrieb in Predappio die Dorfschule. Der Faschismus hat aus Predappio eine Art Nationalheiligtum gemacht. Der Ort selbst wurde durch den Fremdenverkehr und die Unterstützung staatlicher Stellen und der faschistischen Partei in wenigen Jahren wohlhabend. In ganz Italien gab es keinen faschistischeren Ort als Predappio.

Das hat sich natürlich jetzt geändert. Zur Zeit soll Predappio der ruhestätigste Ort in ganz Italien sein. Die Erinnerungstafel am Geburtshaus Mussolinis wurde abgerissen. Das Haus unbewohnt ist, verfällt es langsam. Wer heute in Predappio nach dem Geburtshaus Mussolinis fragen würde, müßte damit rechnen, daß er gewaltig verprügelt würde.

Bei Nacht wagt sich kein Einwohner von Predappio in die Nähe der alten Dorfschule. Alte Weiber behaupten nämlich stief und fest, daß es in dem Haus spuke. Man könne ganz deutlich Herumschleichen und Stöhnen hören. Der Spuk würde erst aufhören, wenn Mussolini, der irgendwo verscharrt wurde, ein christliches Begräbnis erhalte.

**Die Benitos heißen jetzt „It“**

Trotzdem die reich gewordenen Predappioer heute Kommunisten sind, gibt es im Ort noch recht viele „faschistische Ueberbleibsel“: die zahllosen Benitos, die dort herumlaufen. Es war in Predappio nämlich Sitte gewesen, alle Söhne auf den Vornamen des faschistischen Diktators, also Benito, zu taufberichten. Daraufhin taufte die Eltern der Benitos zum Pfarrer und wollten ihre Söhne umtaufen lassen. Doch der Pfarrer wickte ab. Kirchenblätter dürfe man nicht wärigen. Daraufhin taufte die Eltern ihre Söhne einfach in „It“ um. Kommt jetzt Söhne auf die Welt, so erthalten sie mit Vorliebe den Vornamen Palmiro, nach dem Kommunistenführer Palmiro Togliatti. Die Vorsichtigen allerdings lassen sich auf kein „Namensexperiment“ mehr ein. — pred.



FREIBURGER CHRONIK

Ziel Paneuropa

Am Sonntag findet um 15 Uhr in der Strassenbahnhalde an der Urachstraße die von uns bereits mehrfach angekündigte Großkundgebung der Europa-Union statt...

August Himmelsbach gestorben

Am 28. September verstarb nach kurzer Krankheit im Alter von 73 Jahren der Seniorchef der bekannten gleichnamigen Firma, August Himmelsbach...

Die ermäßigten Postgebühren

Die zum 4. Oktober angekündigte Ermäßigung der Postgebühren in der französischen Zone (in Anlehnung an die seit 1. September in der Bizone geltenden Sätze) wirkt sich für die wichtigsten Arten von Sendungen folgendermaßen aus...

Halden-Hotel nicht freigegeben

Baden-Baden. Die von Freiburg übermittelte Nachricht, daß das Halden-Hotel auf dem Schaueninsel ab 1. Dezember wieder für deutsche Gäste geöffnet werden soll, beruht auf einem Irrtum...

Badische Weinstuben

Wie sie waren und beinahe wieder sind

An Weinstuben den Rhein hinauf und hinunter hat es nie einen Mangel gegeben, und die meisten erfreuten sich, dank der Güte und Preiswürdigkeit des ausgeschenkt Tropfens, eines ausgezeichneten Rufes...

Von einer solchen Stadt und einer solchen Behenke ist hier die Rede. Zwar nur im Abstand einer freundlichen Erinnerung, aber wer weiß, ob sie nicht eben jetzt schon auf dem Wege ist, wieder ein lebenswertes Stück Gegenwart zu werden...

Geld muß Bezugschein ersetzen

Interview mit dem Leiter des Einzelhandelsverbandes — Man erwartet langsame Preissenkung

Alle Ermahnungen haben nichts gefruchtet. Die restliche Kopiquote ist nur zum geringen Teil gespart worden. Die bunten Auslagen in den Schaufenstern waren wohl doch zu verlockend...

Waren wandern in Bizone ab

In der Bizone waren die Preise ganz allgemein bisher höher als im französischen Besatzungsgebiet. Das hatte zur Folge, daß viele Waren dorthin abwanderten...

„Verbilligte Produktion“ wirkt sich aus

Dr. Istwahn, der Leiter des Einzelhandelsverbandes Südbaden, in dem 8500 Firmen mit 760 000 Mitgliedern auf freiwirtschaftlicher Basis zusammengeschlossen sind, sagte uns, diesen Monat sei wahrscheinlich der Höhepunkt der aufwärtsstrebenden Preise erreicht...

Freiburger Erstaufführung:

Rossini-Respighi: „Der Zauberladen“

Ballett der Städtischen Bühnen in großer Form

Es muß ein Vergnügen für jeden Ballettleiter sein, Rossini-Respighis „Zauberladen“ in die tänzerische Form zu kleiden, die ihm für dieses beinahe traumhafte Tanzspiel vorschwebt...

Es ist in der Leitung Steinbachs eine wesentliche Entzerrung des gesamten Ballettkorps spürbar, eine Befreiung von Ecken und Ruckhaftem. Kläre Karles natürliche Tanzdisziplin kommt diesen Absichten sehr entgegen und vereinigt sich mit H.-H. Steinbachs Partnerschaft in dem von beiden Teilen herrlich ausgeführten Cancan...

Studio Freiburg sendet

Dienstag, 3. Oktober 1948: 8.15 Uhr: Nachrichten-Morgenmusik; 8.30 Uhr: Suchdienst; 11.45 Uhr: Landfunk; 12.45 Uhr: Die Gewerkschaften nehmen Stellung; 14.30 Uhr: Suchdienst; 18 Uhr: Im Banne des Freiburger Münsters...

Mittwoch, 4. Oktober 1948:

6.10 Uhr: Morgenkonzert, I. Teil; 7.15 Uhr: Morgenkonzert, II. Teil; 8.15 Uhr: Nachrichten-Morgenmusik; 8.30 Uhr: Suchdienst; 11.45 Uhr: 1/2 Stunde für Württemberg-Hohenzollern; 12.15 Uhr: Mittagskonzert; 12.45 Uhr: Die Zeit im Gespräch; 13.15 Uhr: Musik nach Tusch; 14.30 Uhr: Suchdienst; 18 Uhr: Der Aem. Landbau von Dr. E. Meckel; 18.15 Uhr: Das Freiburger Tagebuch von Franz Schneller; 19.30 Uhr: Nachrichten aus Baden-Württemberg.

Aus den Nachbarke sen

Biegel. Kürzlich feierte Ratschreiber und Grundbuchbeamter Emil Henßler in voller Rüstigkeit seinen 65. Geburtstag. Seit 3 Jahrzehnten steht der Jubilar im Dienste der Gemeinde und erfreut sich hoher Beliebtheit bei der Einwohnerschaft.

Bickensohl. In vergangener Woche wurde hier mit der Lese der Müller-Thurgauer begonnen. Der Ertrag ist durchschnittlich, manche Beeren haben nur geringe Süße. Man hofft, daß beständiges Sommerwetter das Mostgewicht der andern Sorten noch wesentlich erhöhen wird und deren Lese noch möglichst lange hinausgeschoben werden kann.

An unsere Mitarbeiter!

Unsere Mitarbeiter werden gebeten, sämtliche Berichte ab sofort nicht mehr nach Freiburg, sondern an „Das Neue Baden“ in Lahr (Schw.) zu senden. Einmeldungen über Fernruf 2365 Lahr.

Untersimonswald. In der vollzähligen Versammlung der Kriegsveteranen, Arbeitsinvaliden und Hinterbliebenen im Gasthaus „Zum Bären“ sprach Kreisvorsitzender Bösch über die umfangreiche Tätigkeit der Organisation. Das Hauptreferat übernahm Herr Neuber von Freiburg an Stelle des II. Landesvorsitzenden Dreher.

Schallstadt. Unter Führung von Landwirtschaftsrat Danner fand am 28. Sept. eine Lehrfahrt statt. Besichtigt wurden das Rebenanbaugesbiet in Haltingen und die Markgräfler Obst-, Lehr- und Werbeschau in Auggen. Beides hinterließ auch dem kritischsten Auge einen nachhaltigen Eindruck...

Kandern. Nach jahrelangem Ladenschluß hat sich die Firma Gottlieb wieder entschlossen, die hiesige Filiale zu öffnen. — Ab 1. November beabsichtigt die amerikanische Militärregierung eine tägliche Schullernspisung von etwa 350 Kalorien durchzuführen.

Parteinachrichten

Neuregelung der Ausspracheabende

In der Reihenfolge der Ausspracheabende des Ortsvereins Freiburg, die bisher mittwochs im Hotel „Hohenzollern“ um 20 Uhr stattfanden, ist folgende Veränderung eingetreten: Die Zusammenkünfte finden fernerhin nur am ersten und dritten Mittwoch eines jeden Monats statt...

Der Vorstand

Da hatte denn freilich diese und jene elegante Großstadtdame sogar allen Grund, auf diese „einfachen Mädchen vom Lande“ neidisch zu sein, wenn sie hörten, daß es das letzte Mal ein Schullehrer, diesmal gar ein lebhafter Vermessungsrat war, die im „Markgräfler“ solchermaßen ihr Glück machten...

Ich habe mir sagen lassen, daß sie wie durch ein Wunder der Zerstörung des Krieges entging und, nach einer weiteren Dünabier-Bewährungsprobe, bereits im besten Zuge ist, ihre rühmliche Tradition unter den früheren Auspizien fortzusetzen. Und da auch der Markgräfler heuer aufs beste geraten ist, wird die Rückkehr zu oben besagten Gepflogenheiten als unmittelbar bevorstehend erwartet...

H. A. Berger

DER SPORTBERICHT

Von den Fußballfeldern

Oberliga Nord:

Hamburger SV - Wedder Bremen 3:2
FC St. Pauli - Concordia Hamburg 2:0
Bremer SV - Eintracht 2:1

Nur drei Punktspiele wurden am Wochenende in der Oberliga Nord ausgetragen. Bereits am Sonntag mußte sich die Junge Elf der Concordia Hamburg dem FC St. Pauli beugen.

Die Tabellenplätze hat nunmehr folgendes Aussehen:

Table with 5 columns: Team, P, S, N, T, Pkt. Rows: HSV, FC St. Pauli, Hamburger SV, Bremer SV.

Oberliga West:

Alemannia Aachen - Rotweiss Essen 1:1
In Aachen standen sich zwei verlustpunktfreie Mannschaften in einem wider alle Erwartungen harten, aber ritterlichen Kampfe gegenüber.

Die Tabelle führt nunmehr folgende Vereine an:

Table with 5 columns: Team, P, S, N, T, Pkt. Rows: Borussia Dortmund, Alemannia Aachen, Rotweiss Essen, Borussia Dortmund.

Oberliga Süd:

1905 München - FC Augsburg 2:1
FC Rödelsheim - VfB Mühlburg 1:3
FC Nürnberg - FCV Frankfurt 2:1

Die süddeutsche Oberliga bringt für ihre Anhänger ständig neue Überraschungen. Am Sonntag mußten vier Spitzenmannschaften, die als Favoriten in die Punktspiele starteten, beide Runden gegen, zum Teil sehr empfindliche Niederlagen hinnehmen.

Nier die Tabellenführer:

Table with 5 columns: Team, P, S, N, T, Pkt. Rows: Kickers Offenbach, Kickers Stuttgart, 1905 München, FC 05 Schweinfurt.

Zonenliga (Gruppe Nord):

Neustadt - Kaiserlautern 1:0
Neuenlofer - Worms 1:1
Eintracht Trier - Firmasens 1:2

Es folgen mit 4 Punkten aus drei Spielen: Schopfheim, Baden-Baden und Kuppenheim.

Die erwarteten Ergebnisse trafen in Baden-Baden, Lahr und Rheinfelden ein. Dagegen läßt das Unentschieden in Ottenau, wo man es am wenigsten erwartete, aufhorchen.

Die erwarteten Ergebnisse trafen in Baden-Baden, Lahr und Rheinfelden ein. Dagegen läßt das Unentschieden in Ottenau, wo man es am wenigsten erwartete, aufhorchen.

Es folgen mit 4 Punkten aus drei Spielen: Schopfheim, Baden-Baden und Kuppenheim.

(Gruppe Süd):

Tübingen - Fortuna Freiburg 2:0
VfL Freiburg - Singen 0:3
Biberach - Schweningen 0:0

Über die Lage in der Gruppe Nord braucht der Kommentator nicht viele Worte zu verlieren. Zwei Mannschaften, die neben den Betzenbergern noch deutsche Spitzenklasse bedeuten, trennten sich am Deutschen Koc mit einem knappen Sieg für die Worms.

Der Neuling aus der Universitätsstadt Tübingen ist ein würdiger Vertreter der südwürttembergischen Landesliga. Schwere Entscheidungskämpfe hatte diese Mannschaft hinter sich bringen müssen, ehe sie sich diesen Platz an der Sonne errungen hatte.

Die Tabelle führt nunmehr folgendes Aussehen:

Table with 5 columns: Team, P, S, N, T, Pkt. Rows: Tübingen, VfL Freiburg, Schweningen, Biberach.

Es folgen Foytuna Freiburg, Schweningen, Reutlingen und Singen mit je 3 Punkten.

Landesliga Nord-Baden:

VfR Pforzheim - TSV Schwetzingen 1:1
ASV Feudenheim - Spvgg. Sandhofen 3:0

O Gott, was haben nur die Vierheimer angestellt! In diesem Bestreben, vom Tabellende wegzukommen, besiegten sie Mannheims stärksten Pferd- und Meisterschaftswärter.

Die erwarteten Ergebnisse trafen in Baden-Baden, Lahr und Rheinfelden ein. Dagegen läßt das Unentschieden in Ottenau, wo man es am wenigsten erwartete, aufhorchen.

Die erwarteten Ergebnisse trafen in Baden-Baden, Lahr und Rheinfelden ein. Dagegen läßt das Unentschieden in Ottenau, wo man es am wenigsten erwartete, aufhorchen.

Die erwarteten Ergebnisse trafen in Baden-Baden, Lahr und Rheinfelden ein. Dagegen läßt das Unentschieden in Ottenau, wo man es am wenigsten erwartete, aufhorchen.

Die erwarteten Ergebnisse trafen in Baden-Baden, Lahr und Rheinfelden ein. Dagegen läßt das Unentschieden in Ottenau, wo man es am wenigsten erwartete, aufhorchen.

Die erwarteten Ergebnisse trafen in Baden-Baden, Lahr und Rheinfelden ein. Dagegen läßt das Unentschieden in Ottenau, wo man es am wenigsten erwartete, aufhorchen.

Die erwarteten Ergebnisse trafen in Baden-Baden, Lahr und Rheinfelden ein. Dagegen läßt das Unentschieden in Ottenau, wo man es am wenigsten erwartete, aufhorchen.

Die erwarteten Ergebnisse trafen in Baden-Baden, Lahr und Rheinfelden ein. Dagegen läßt das Unentschieden in Ottenau, wo man es am wenigsten erwartete, aufhorchen.

Die erwarteten Ergebnisse trafen in Baden-Baden, Lahr und Rheinfelden ein. Dagegen läßt das Unentschieden in Ottenau, wo man es am wenigsten erwartete, aufhorchen.

Handball

Zonenliga (Staffel Baden):

Hausingen - Lahr 6:4; VfL Freiburg - Offenburg 6:6; Teiningen - Brombach 1:1.

Landesliga Nord-Baden:

TUS Bietenheim - TSV Bülach 13:4; SG St. Leon - SKO Birkensau 11:8; TSV Bretten - VfL Neckarau 3:1; SV Ketsch - SV Waldhof 1:3; Weinheim - TSV Rot 1:3.

Landesliga Süd-Baden (Gruppe Nord):

Seelbach - Niederbühl 1:1; Schuttern - Baden-Baden 3:1.

(Gruppe Ost):

Singen - Donaueschingen 7:8; St. Georgen - Gotsmadingen 3:3.

Unsere kleine Sportredaktion

Ungarn besiegte in Budapest in einem Fußball-Länderspiel die österreichische Nationalmannschaft mit 2:1 Toren.

Ein Fußball-Spiel zwischen Wien und Budapest endete unentschieden mit 2:2 Toren.

Niederrhein besiegte Berlin im ersten bedeutenden internationalen Fußballtreffen der neuen Saison, das vor 15.000 Zuschauern im Poststadion ausgetragen wurde, verdient mit 2:1 Toren.

Westfalens repräsentative Fußballspiel mußte sich gegen eine andere Niedersachsen-Auswahl mit einem 2:2 aufreien geben.

Max Schmeling gewann seinen Berufsboxkampf in Köln gegen den Berliner Schwergewichtler Drigstein durch technischen K. o. Da dieser in der achten Runde infolge eines Unterkieferbruchs aufgeben mußte.

Der deutsche Hahnenkämpfermeister der Berufsboxer Richard Vogl, Hamburg, verteidigte am Sonntag im Kurt-Wabbel-Stadion in Halle Voh 27.000 Zuschauern seinen Titel durch ein Unentschieden nach zwölf Runden gegen den Berliner Conny Rux erfolgreich.

Bei einer Leichtathletik-Veranstaltung in Schweningen, die am vergangenen Sonntag durchgeführt wurde, lief die Schwedenstaffel des ASV Nordrach mit 2 Min. 53 Sek. Zonenbestzeit.

Italien besiegte die Tschechoslowakei in einem zweitägigen Leichtathletik-Länderspiel mit 16:10 Punkten.

Aufruf an das badische Landvolk

Der Minister der Landwirtschaft und Ernährung hat an die badischen Landwirte folgenden Aufruf erlassen:

Die Landesregierung hat in den vergangenen Wochen und Monaten in häufigen Vorgesprächen und schriftlichen Darstellungen die Militärregierung gebeten, die Truppenumlage an Fleisch möglichst zu senken und für die Versorgung der Zivilbevölkerung den Rationensatz auf 400 Gramm festzusetzen.

Die erwarteten Ergebnisse trafen in Baden-Baden, Lahr und Rheinfelden ein. Dagegen läßt das Unentschieden in Ottenau, wo man es am wenigsten erwartete, aufhorchen.

Die erwarteten Ergebnisse trafen in Baden-Baden, Lahr und Rheinfelden ein. Dagegen läßt das Unentschieden in Ottenau, wo man es am wenigsten erwartete, aufhorchen.

Die erwarteten Ergebnisse trafen in Baden-Baden, Lahr und Rheinfelden ein. Dagegen läßt das Unentschieden in Ottenau, wo man es am wenigsten erwartete, aufhorchen.

immerhin in der glücklichen Lage war, über den Tag des Währungsschnitts hinweg ihre Substanz zu retten, während andere - und ihre Zahl ist erschreckend groß - das Wenige, das ihnen die Kriegsergebnisse noch gelassen haben, verloren und heute vor einem Nichts stehen.

Die erwarteten Ergebnisse trafen in Baden-Baden, Lahr und Rheinfelden ein. Dagegen läßt das Unentschieden in Ottenau, wo man es am wenigsten erwartete, aufhorchen.

Die erwarteten Ergebnisse trafen in Baden-Baden, Lahr und Rheinfelden ein. Dagegen läßt das Unentschieden in Ottenau, wo man es am wenigsten erwartete, aufhorchen.

Die erwarteten Ergebnisse trafen in Baden-Baden, Lahr und Rheinfelden ein. Dagegen läßt das Unentschieden in Ottenau, wo man es am wenigsten erwartete, aufhorchen.

Die erwarteten Ergebnisse trafen in Baden-Baden, Lahr und Rheinfelden ein. Dagegen läßt das Unentschieden in Ottenau, wo man es am wenigsten erwartete, aufhorchen.

Die erwarteten Ergebnisse trafen in Baden-Baden, Lahr und Rheinfelden ein. Dagegen läßt das Unentschieden in Ottenau, wo man es am wenigsten erwartete, aufhorchen.

Die erwarteten Ergebnisse trafen in Baden-Baden, Lahr und Rheinfelden ein. Dagegen läßt das Unentschieden in Ottenau, wo man es am wenigsten erwartete, aufhorchen.

Advertisement for August Himmelsbach, Fabrikant, deceased on 28. September 1948. Includes family details and funeral information.

Advertisement for NACHRUUF (obituary) for Herr August Himmelsbach, deceased on 28. Sept. 1948. Includes details of his life and funeral arrangements.

Advertisement for Werner Hosp, located at Falkau 26, September 1948. Details of services and contact information.

Advertisement for 'GESCHÄFTLICHES' (business services) including medical services and other professional offerings.

Official notice from the Badenisches Ministerium der Wirtschaft und Arbeit regarding tax matters and public reminders.

Advertisement for 'KASIMUS' beer, featuring a logo and text about the brewery in Donaueschingen, Baden-Baden.

Public notice (AMTL. BEKANNTMACHUNGEN) regarding electricity usage restrictions and industrial power consumption.

Official notice regarding tax matters, including information about the 1948 tax year and public reminders.

Advertisement for the Hauptbahnhof-Gaststätte in Freiburg i. Br., highlighting its location and the quality of its wine and beer.

Large advertisement at the bottom of the page for 'Insectate' in the newspaper 'DAS NEUE BADEN', promising the greatest success.